BEBAUUNGSPLAN NR 200
4. Auslertigung für 61

ABSTANDSLISTE

RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 21.03.1990
V B 3 – 8804.25.1 (V Nr. 7/90)

I. 1500 m

II. 1000 m

III. 700 m

IV. 500 m

VI. 200 m

VII. 100 m

V. 300 m

A. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A.1 Festsetzungen gem. § 9 (1) BauGB

1. Art der baulichen Nutzung

Das festgesetzte Gewerbegebiet wird gemäß § 1 (4) Nr. 2 BauNVO gegliedert:

1.1 In den mit Index (3) gekennzeichneten Gewerbegebieten sind nicht zugelassen Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse I – VII der nebenstehenden Abstandsliste zum RdErl. des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von 21.03.1990 – SMBl NW 283 – und Anlagen mit ähnlichen Emissionsgrad.
Ausnahmsweise zulässig sind Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse VI und VII der nebenstehenden Abstandsliste und solche mit ähnlichen Emissionsgrad, sofern und soweit es sich um vorhandene und zulässigerweise errichtete Betriebe und Anlagen handelt.
Ausnahmen sind zudem möglich für Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen von Betrieben und Anlagen der Abstandsklasse VII sofern
- das Vorhaben sich vom Umfang her dem vorhandenen und zulässigerweise errichteten Gewerbebetrieb unterordnet und eine Verschlechterung der Immissionssituation ausgeschlossen werden kann oder
- durch Gutachten nachgewiesen wird, daß gegenüber der bestehenden Immissionssituation eine nachhaltige Verbesserung eintritt.

1.2 In den mit Index (2) gekennzeichneten Gewerbegebieten sind nicht zugelassen Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse I – VI der nebenstehenden Abstandsliste zum RdErl. des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von 21.03.1990 – SMBl NW 283 – und Anlagen mit ähnlichen Emissionsgrad.
Ausnahmsweise zulässig sind Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse VI der nebenstehenden Abstandsliste und solche mit ähnlichen Emissionsgrad, sofern und soweit es sich um vorhandene, noch zulässigerweise errichtete Betriebe und Anlagen handelt.
Ausnahmen sind zudem möglich für Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen von Betrieben und Anlagen der Abstandsklasse VI sofern
- das Vorhaben sich vom Umfang her dem vorhandenen und zulässigerweise errichteten Gewerbebetrieb unterordnet und eine Verschlechterung der Immissionssituation ausgeschlossen werden kann oder
- durch Gutachten nachgewiesen wird, daß gegenüber der bestehenden Immissionssituation eine nachhaltige Verbesserung eintritt.

1.3 In den mit Index (3) gekennzeichneten Gewerbegebieten sind nicht zugelassen Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse I – V der nebenstehenden Abstandsliste zum RdErl. des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von 21.03.1990 – SMBl NW 283 – und Anlagen mit ähnlichen Emissionsgrad.
Ausnahmsweise zulässig sind Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse V der nebenstehenden Abstandsliste und solche mit ähnlichen Emissionsgrad, wenn im Einzelfall durch Gutachten nachgewiesen wird, daß schädliche Umwelteinwirkungen in den schutzwürdigen Gebieten vermieden werden.

1.4 In den mit Index (4) gekennzeichneten Gewerbegebieten sind nicht zugelassen Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse I – IV der nebenstehenden Abstandsliste zum RdErl. des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von 21.03.1990 – SMBl NW 283 – und Anlagen mit ähnlichen Emissionsgrad.
Ausnahmsweise zulässig sind Betriebe und Anlagen der Abstandsklasse IV der nebenstehenden Abstandsliste und solche mit ähnlichen Emissionsgrad, wenn im Einzelfall durch Gutachten nachgewiesen wird, daß schädliche Umwelteinwirkungen in den schutzwürdigen Gebieten vermieden werden.

1.5 Gemäß § 1 (5) BauNVO ist die Nutzungsart nach § 8 (2) Nr. 1 BauNVO nicht zulässig, sofern es sich um
- Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe im Sinne von § 11 (3) BauNVO
- Einzelhandelsbetriebe
- Bordellbetriebe

handelt.

1.6 Gemäß § 1 (6) BauNVO sind die Ausnahmen nach § 8 (3) Nr. 2 und 3 BauNVO nicht zulässig.
Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO sind in den mit Index (1) festgesetzten Gewerbegebieten entlang der Derdinger Straße Wohnungen nach § 8 (3) Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. Garagen und Stellplätze

Garagen und Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

3. Nebenanlagen

Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne von § 14 (1) BauNVO sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche nicht zulässig mit Ausnahme von Firmenschildern und Einfriedungen.
Nebenanlagen im Sinne von § 14 (2) BauNVO sind innerhalb des gesamten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ausnahmsweise zulässig.

4. Zulässige Grundfläche

Die zulässige Grundfläche im Sinne von § 19 (2) BauNVO darf durch die Grundflächen der in § 19 (4) Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden.
Weitere Überschreitungen sind nicht zulässig.

5. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V. mit § 9 (1) Nr. 25 a) und b) BauGB

5.1 In den festgesetzten Gewerbegebieten sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit Ausnahme von Zufahrten und Zugängen, mindestens jedoch 20 % der Grundstücksfläche nach ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten und zu bepflanzen sowie dauerhaft zu unterhalten. Vorhandene Bepflanzungen sind durch artgemäße Pflege zu erhalten; ausgefallene Pflanzen sind zu ersetzen.

Hierbei sind folgende Gehölze zu verwenden:

Bäume	Sträucher
Rotbuche	Schlehe
Stieleiche	Eingriffl. Weißdorn
Traubeneiche	Zweigriffl. Weißdorn
Sommerlinde	Hundsrose
Vogelbeere	Faulbaum
Spierling	Hasel
Hehlbeere	Salweide
Elsbeere	Feldahorn
Vogelkirsche	Hartriegel
Traubenkirsche	Stachelbeere
Hainbuche	Rote Heckenkirsche
Stechpalme	Gemeiner Schneeball
Bolzapfel	Gew. Liguster
Feldulme	Gew. Pfaffenhütchen
	Besenginster
	Gew. Beberitze

wobei mind. 5 unterschiedliche Arten angepflanzt werden müssen und der Anteil einer einzelnen Art 35 % nicht übersteigen darf.

Anzupflanzen sind
- ein Baum als Hochstamm mit 0,12 m Mindeststammumfang pro 50 m²
- ein Baum als Heister mit mindestens 1,50 m Höhe pro 50 m²
- ein Strauch mit mindestens 0,60 m Höhe und zweimal verpflanzt pro 20 m²

5.2 Je angefangene 4 ebenerdige Stellplätze ist ein hochstämmiger Baum mit einem Mindeststammumfang von mindestens 0,18 m fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.

5.3 Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser ist über ein getrenntes Leitungsnetz in auf den Grundstücken gelegenen dezentralen Versickerungsanlagen (nicht abgedichtete Tümpel, Geländemulden und dergleichen) zu leiten. Alternativ ist die Einleitung in dezentralen Kleinspeichern verbunden mit Brauchwassernutzung (Grauwasser) möglich. Die Anlagen sind durch einen Überlauf an den Versickerungsanlagen anzuschließen.

6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 i.V. mit Nr. 25 a) BauGB und § 8 a BNatSchG

Die Ausgleichsflächen am nördlichen und östlichen Plangebietsrand dienen als Kompensation des Eingriffs, der
- durch die bauliche Nutzung auf dem Baugrundstücken und
- durch die Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen

entsteht.
Die Artenlisten für diese Ausgleichsflächen haben sich an der potentiell natürlichen Vegetation bzw. an Hecken und Gehölzen der traditionellen Kulturlandschaft zu orientieren. Zur Durchführung kommt ein Pflanzraster von 1 x 1 mit gegeneinander versetzten Pflanzreihen, die Pflanzqualität bei den Bäumen 1. und 2. Ordnung ist Heister 2 x verpflanst, ohne Ballen, 150 – 200 cm, bei den Sträuchern 2 x verpflanst, ohne Ballen, 100 – 150 cm.

Artenliste zur Anpflanzung von Hecken

Bäume (10%'ig zu gleichen Teilen)	Sträucher	15%/20%
Vogelbeere	Schlehe	15%
Hainbuche	Hundsrose	15%
Vogelkirsche	Gemeiner Schneeball	10%
Stechpalme	Eingriffl. Weißdorn	10%
Eibe	Hasel	10%
	Salweide	10%

Artenliste zur Anpflanzung des Gehölzmantel

Bäume (10% zu gleichen Teilen)	Sträucher	15%
Vogelbeere	Schlehe	15%
Mehlbeere	Eingriffl. Weißdorn	15%
Vogelkirsche	Hundsrose	15%
Traubenkirsche	Hasel	10%
Holzapfel	Salweide	10%
	Faulbaum	10%
	Stachelbeere	
	Gemeiner Schneeball	
	Gew. Pfaffenhütchen	15%
	Rote Heckenkirsche	

Artenliste zur Anpflanzung des Gehölzsaumes

Bäume	Sträucher	
Rotbuche	Eingriffl. Weißdorn	
Stechpalme	Hasel	
Hainbuche	Faulbaum	
Feldulme	Gew. Pfaffenhütchen	50%
Traubeneiche	Schlehe	
Vogelkirsche	Roter Hartriegel	
Elsbeere	Liguster	
	Gemeiner Schneeball	25%
	Rote Heckenkirsche	
	Feldahorn	

Die Ausgleichsflächen sind gemäß § 8 a (1) Satz 4 BNatSchG den Baugebieten zugeordnet. Die zugeordneten Gewerbegebiete sind durch besondere Randsignatur ∿∿∿ gekennzeichnet.

A.2 Festsetzungen gem. § 9 (2) BauGB

1. Höhenlage der baulichen Anlagen

Die in Bebauungsplan festgesetzte Gebäudehöhe ist das Maß von der Geländeoberkante als Oberkante der erschließenden Verkehrsfläche (ohne Randabschlu) bis zum oberesten Dachabschluß. Maßgebend ist die v.g. Geländeoberfläche in Höhe der Grundstücksmitte.

2. Die natürliche Geländeoberfläche ist im Bereich zwischen Straßenbegrenzungslinie und Baugrenze auf das Niveau der Verkehrsfläche anzuheben bzw. abzutragen.

B. KENNZEICHNUNGEN nach § 9 (5) BauGB

Im Bebauungsplan ist die räumliche Ausdehnung der Altlast ME 64 (STAWA Nr. 65) gekennzeichnet.
Auf die Untersuchung zur Gefährdungsabschätzung der Altablagerung der Ingenieurgesellschaft mbH Dr. Ing. Steffen vom 28. Nov. 1986 wird hingewiesen.

C. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN nach § 9 (6) BauGB

Bei den im Plan gekennzeichneten Bäumen an der Derdinger Straße handelt es sich um einen Teil eines geschützten Landschaftsbestandteiles (O-Nr. 6.2.43 des Landschaftsplanes Teilabschnitt III des Kreises Neuss).

D. HINWEISE

Das Plangebiet liegt in der noch nicht festgestellten Wasserschutzzone III a der Wasergewinnungsanlage Werthhof.
Auf die Musterschutzgebietsverordnung (Erlaß des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 22.07.1987 – III B 2-605/7-8169) und den damit verbundenen Genehmigungspflichten bzw. Verbotstatbeständen wird hingewiesen.



Dieser Plan entspricht der 1. Ausfertigung.
Abweichung: nicht – nur teilweise – farbig
Meerbusch, den 16.01.1995
Der Stadtdirektor
I.A.
Buchhoff Bodek

Bestandsangaben

- Wohngebäude mit Haus-Nr.
- Wirtschaftsgebäude oder Garage
- II, IV Zahl der Vollgeschosse
- 104.16 Höhe über NN
- Kreisgrenze
- Stadtgrenze
- Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze
- Flurstücksgrenze
- 789 Flurstücksnummer
- Nutzungsgrenze
- Begrenzung von Fahrbahnen und Wegen
- Einsteigeschacht
- Baum
- Laterne
- Kabelschacht

Im übrigen gelten die Zeichenvorschriften für Katasterkarten (Zeichenvorschrift NRW v. 20.12.1978 und die Liegenschaftskarten (Zeichenvorschrift NRW v. 20.12.1978 und die UMK-Norm 14700).

Die vorliegende Planvorlage wurde angefertigt durch Vervielfältigung Verkleinerung aus dem Maßstab 1:500 (Abzeichnung der amtlichen Katasterkarte und Feldvergleich).

Es wird bescheinigt, daß die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes richtig ist. Die Darstellung gestattet mindestens amtlichen Katasterkarten überein.

Meerbusch den 18.8.1993
Vermessungsabteilung
LS gez. Dipl.-Ing. Bönker
Stand der Katasterangaben: Juli 93

Festsetzungen gem. § 9 (1) BauGB

Art der baulichen Nutzung §9(1) Nr.1 BauGB

- WS Kleinsiedlungsgebiete gem. §2 BauNVO
- WR Reine Wohngebiete gem. §3 BauNVO
- WA Allgemeine Wohngebiete gem. §4 BauNVO
- MD Dorfgebiete gem. §5 BauNVO
- MI Mischgebiete gem. §6 BauNVO
- GE Gewerbegebiete gem. §8 BauNVO
- SO Sondergebiete gem. §11 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung §9(1) Nr. 1 BauGB
Zahl der Vollgeschosse
z.B. II als Höchstgrenze
z.B. II zwingend
z.B. 0.4 Grundflächenzahl (GRZ)
z.B. 0.7 Geschoßflächenzahl (GFZ)
z.B. TH 7.5om Traufhöhe in Metern als Höchstgrenze
z.B. FH 9.5om Firsthöhe in Metern als Höchstgrenze
(siehe textliche Festsetzungen Nr. A 2.1)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen §9(1) Nr.2 BauGB
- o Offene Bauweise
- e nur Einzelhäuser zulässig
- d nur Doppelhäuser zulässig
- ED nur Einzel- u. Doppelhäuser zulässig
- h nur Hausgruppen zulässig
- g geschlossene Bauweise
- a abweichende Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO (siehe textliche Festsetzungen Nr.
- Baulinie
- Baugrenze

Flächen für den Gemeinbedarf §9(1) Nr. 5 BauGB
- Schule
- Kindergarten
- Verwaltungsgebäude

Verkehrsflächen §9(1) Nr.11 BauGB
- Straßenverkehrsflächen
- Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung
- VB Verkehrsberuhigter Bereich
- P Öffentliche Parkflächen
- V Verkehrsgrünfläche
- Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- Bereich ohne Ein- u. Ausfahrten

Versorgungsflächen oder Flächen für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen §9(1) Nr.12 u. 14 BauGB
- E Elektrizität
- G Gas
- Abwasser

Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen §9(1) Nr.13 Ba.GB
- oberirdisch
- unterirdisch (nähere Bezeichnung durch Text)

Grünflächen §9(1) Nr.15 BauGB
- Grünfläche
- Zweckbestimmung
- Park, Grünanlagen
- Spielplatz, Tup
- Sportplatz

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen §9(1) Nr.17 BauGB
- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

Flächen für die Landwirtschaft und Wald §9(1) Nr.18 BauGB
- Flächen für die Landwirtschaft
- Wald

Flächen für Anlagen, Einrichtungen sowie für Stellplätze und Garagen
- Flächen für Gemeinschaftsanlagen §9(1) Nr.4 und 22 BauGB
- St Stellplätze
- Ga Garagen
- Gem. Gemeinschaftsgaragen
- UG Unterirdische Garagen
- M Gemeinschaftsmüllsammelplatz
- Mit Geh-(GR), Fahr-(FR) und Leitungsrechten (LR) zu belastende Flächen §9(1) Nr.21 BauGB (siehe textl. Festsetzungen Ziffer)

Grünflächen §9(1) Nr.15 BauGB
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern §9(1) Nr.25a BauGB
- Anpflanzung von Einzelbäumen
- Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern §9(1) Nr. 25b BauGB
- Umgrenzung von Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutze vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG. § 9 (1) Nr. 24 BauGB, nähere Bezeichnung durch Text
- LSW Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung v. Natur u. Landschaft

Sonstige Festsetzungen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches §9(7) BauGB
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Straßennamen, geplant §9(2) BauGB

Kennzeichnungen und nachrichtl. Übernahmen §9(5)u.(6) BauGB

Umgrenzung der Flächen
- mit wassergefährdenden Festsetzungen (nähere Bezeichnung durch Text)
- bei denen Bebauung besonderen baulichen Vorkehrungen erforderlich sind (siehe textliche Festsetzungen Ziffer)
- Schutzbereich Landschaftsschutzgebiet gem. Landschaftsplan III Kreis Neuss

Für den Planentwurf:
Meerbusch, den 18.01.1994
Der Stadtdirektor
Planungs- u. Vermessungsamt
i.V.
gez. Dipl.-Ing. Loskant
Erster Beigeordneter

Die geometrische Eindeutigkeit der städtebaulichen Planung wird bescheinigt.
Meerbusch, den 18.01.1994
Der Stadtdirektor
Planungs- u. Vermessungsamt
i.A.
LS gez. Dipl.-Ing. Geteberg
Städt. Vermessungsdirektor

Dieser Plan ist mit der Begründung gem. § 2 BauGB durch Beschluß des Rates vom 17.3.1994, als Entwurf aufgestellt und gem. § 3 (2) BauGB zur öffentlichen Auslegung bestimmt worden.
Meerbusch, den 11.4.1994
Rotsmitglied
Der Bürgermeister
LS
gez. Weilhausen
gez. Dr. Besseler

Dieser Plan, sowie die entsprechenden Festsetzungen des Bebauungsplane Nr. 5, Nr. 61 und Nr. 189, haben mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 13.04.94 bis 13.05.94 einschließlich als Entwurf öffentlich ausgelegen.
Meerbusch, den 16.05.94
Der Stadtdirektor
LS gez. i.V. Dipl.-Ing. Loskant, Erster Beigeordneter

Der Rat der Stadt hat am ..... die in ..... Fassung gebilligten Änderungen beschlossen und den Plan zur erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB, bzw. zur eingeschränkte Beteiligung nach § 3 (3) BauGB bestimmt.
Meerbusch, den
Rotsmitglied
Der Bürgermeister
i.A.
LS gez. Terhart
(Dr. Besseler)

Dieser Plan hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom bis einschließlich als Entwurf erneut öffentlich ausgelegen.
Meerbusch, den
Der Stadtdirektor
i.V. (Dipl.-Ing. Loskant), Erster Beigeordneter

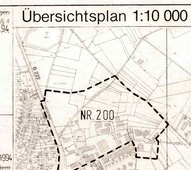
Dieser Plan ist aufgrund durch Einwendungen geänderter Fassung gem. § 10 BauGB i.V. mit §§ 4 und 28 GO NW durch den Rat der Stadt am 23.06.94 als Satzung beschlossen worden.
Meerbusch, den 23.06.94
Rotsmitglied
Der Bürgermeister
gez. LS
Bronnecke
gez. Dr. Besseler

Dieser Bebauungsplan hat mir im Anzeigeverfahren gemäß §11 Abs. 3 BauGB vorgelegen.
Bezirksregierung
Düsseldorf, den 13.12.1994
Der Regierungspräsident
I.A.
LS gez. Terhart

Gem. § 12 BauGB ist die Durchführung des Anzeigeverfahrens beim Rog. Präs. Düsseldorf sowie die ortsübliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit der Begründung am 29.12.94 ortsüblich bekannt gemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft.
Meerbusch, den 29.12.94
Der Stadtdirektor
LS gez. i.V. Dipl.-Ing. Loskant, Erster Beigeordneter

Die öffentliche Auslegung dieser Änderung einschließlich Begründung sowie die Durchführung des Anzeigeverfahrens beim Regierungspräsidenten Düsseldorf ist am gemäß § 12 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft.
Gleichzeitig treten die bisherigen festgesetzten Fest setzungen des Bebauungsplanes Nr. außer Kraft.
Meerbusch, den
Der Stadtdirektor
i.V. (Dipl.-Ing. Loskant), Erster Beigeordneter

Übersichtsplan 1:10 000



STADT MEERBUSCH

BEBAUUNGSPLAN NR. 200
MEERBUSCH-LANK-LATUM, GEWERBEGEBIET IN DER LOH

Gemarkung: Lank-Latum Flur: 2,3,9

Maßstab: 1:1000

Rechtsgrundlagen:
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
Hauptsatzung der Stadt Meerbusch (Stadt-Hatsatzung) vom 17. Mai 1990 (BGBl. I S. 926) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 28.04.1993 (BGBl I S. 466)
Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991, S. 58)
§§ 4 und 28 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.01.1994 (GV NW S. 975/SGV NW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.04.1992 (GV NW S. 124/GOV NW 2023)

§ 8a BNatSchG i.d.F der Bekanntmachung vom 12. März 1987 (BGBl S. 889) zuletzt geändert durch Art 5 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung u. Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- u. Wohnbaulandgesetz) v. 22.4.1993 (BGBl I S. 466)